

**Antrag des CDU-Ortsvorstandes Blankenese
zum Kreisparteitag der CDU Altona/Elbvororte am 28. Oktober 2008**

Die Hamburger CDU hat in den vergangenen zwei Jahren den entscheidenden Anstoß zur Einführung eines zweigliedrigen Schulsystems gegeben. Damit hat die CDU bewiesen, dass sie für eine ideologiefreie, moderne, an wissenschaftlichen und schulpraktischen Erkenntnissen sowie dem Elternwahlrecht orientierte Schulpolitik eintritt. Der in der bürgerschaftlichen Enquete-Kommission von einer breiten Mehrheit getragene Entwurf einer Schulstruktur aus Stadtteilschule und Gymnasien hat nach einer intensiven parteiinternen Diskussion bei unseren Mitgliedern Zustimmung gefunden und findet inzwischen auch bundesweit große Anerkennung in Politik, Wissenschaft und Medien. Nicht zuletzt haben Eltern und Lehrerverbände ihre Unterstützung signalisiert.

Anderthalb Jahre lang hatten Öffentlichkeit (seit Herbst 2005) und Enquete-Kommission (seit Anfang 2006) über diese grundlegende Schulstrukturreform beraten. Seit über einem Jahr arbeitete die Bildungsbehörde an den zahlreichen wichtigen Details. Im Frühjahr 2008 sollte ein breit angelegter Beteiligungsprozess in regionalen Schulentwicklungskonferenzen beginnen. Damit war eine notwendige öffentliche und sachorientierte Diskussion von mehr als dreieinhalb Jahren eingeplant. Ziel war es, mit allen Beteiligten eine fundierte fachliche Umsetzung des zweigliedrigen Schulsystems zu erreichen.

Im Interesse von mehr Bildung, Chancengerechtigkeit und Aufstiegschancen für Kinder aus allen Teilen der Gesellschaft haben wir uns im schwarz-grünen Koalitionsvertrag entschieden, eine weitere Strukturreform, die ein längeres gemeinsames Lernen unter Berücksichtigung moderner pädagogischer Ansätze der Binnendifferenzierung realisieren soll, mitzutragen.

Wir wissen als CDU, dass Schüler, Eltern, Lehrer und die verantwortlichen Schulleiter bereits durch die Umsetzung der neuen Schulstruktur aus Stadtteilschule und Gymnasium und darüber hinaus durch die Umsetzung des 8-jährigen Gymnasiums und die Einführung der Profiloberstufen erheblich gefordert und in Anspruch genommen sind. Wir verstehen, dass weitere Änderungen nur dann Erfolg haben werden, wenn sie nicht ausschließlich als Ausdruck politischen Willens kommuniziert werden, sondern auch der Schulöffentlichkeit vermittelbar sind.

Wir als CDU im Kreisverband Altona/Elbvororte sehen, dass viele Schüler, Eltern, Lehrer und Schulleitungen wegen der anstehenden umfangreichen Schulstrukturreform zur kurzfristigen Einführung einer 6- bzw. 7-jährigen Primarschule in Verbindung mit der Einführung eines zweigliedrigen Schulsystems ab Klasse 7 in gerade einmal zwei Jahren erheblich verunsichert und besorgt sind. Die schulischen Anmelderunden und der parlamentarische Beratungsprozess machen es erforderlich, dass die vollständige Schulstrukturreform bereits in weniger als zwölf Monaten so weit abgeschlossen ist, dass die Bürgerschaft mit ihren Beratungen im Herbst 2009 beginnen kann. Nur so kann der im Koalitionsvertrag festgelegte Zeitpunkt für eine flächendeckende Realisierung der Primarschule eingehalten werden.

Vor diesem Hintergrund versteht sich der CDU-Kreisverband Altona/Elbvororte als Ansprechpartner für Schüler, Eltern, Lehrer und Schulleitungen, der die im Koalitionsvertrag beschlossene umfangreiche Schulstrukturreform kritisch und konstruktiv begleitet. Wir fordern den CDU-Landesvorstand, die CDU-Bürgerschaftsfraktion, die CDU-Bezirksfraktionen und die CDU-Deputierten in der Schulbehörde auf, die umfassenden schulpolitischen Reformen unter Beachtung der sich aus dem Koalitionsvertrag ergebenden Absprachen und Verpflichtungen wie folgt intensiv zu begleiten und darüber zu berichten:

1. Die CDU begrüßt besonders die Absicht der Koalition, Kinder sehr früh, d.h. schon vor der Grundschule, intensiv zu fördern. In dieser Phase können die soziokulturell bedingten Leistungsunterschiede, die zu späterer sozialer Desintegration führen können, nach übereinstimmender wissenschaftlicher Meinung am wirksamsten gemindert werden können. Dafür sollen die beiden zuständigen Behörden, Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) und Behörde für Soziales und Gesundheit, ihre Pläne für eine verstärkte Bildungsarbeit und Qualitätssicherung abstimmen und bekannt machen.
2. Die CDU begrüßt darüber hinaus, dass es bei der vorschulischen Betreuung grundsätzlich bei einem Elternwahlrecht zwischen Kindertagesstätte und Vorschule bleibt.
3. Auch wenn die CDU das zweigliedrige Schulsystem ab Klasse 5 klar bevorzugt und sich bei einer so umfassenden Schulstrukturreform eine auf Freiwilligkeit und Anreizsystemen aufbauende Vorgehensweise gewünscht hätte, steht die CDU zum Koalitionsvertrag und wird im Interesse der Betroffenen den Reformprozess konstruktiv unterstützen. Als stärkste politische Kraft in Hamburg achtet die CDU darauf, dass Qualität und Inhalte der Reform nicht Opfer zeitlicher Zwänge werden.

4. Angesichts des sehr ehrgeizigen Zeitplans unterstützt die CDU die BSB in dem Bemühen, Schülern, Eltern, Lehrern, Schulleitungen, Bezirksversammlungen und weiteren Beteiligten im Rahmen der regionalen Schulentwicklungskonferenzen echte Mitwirkungsmöglichkeiten zu geben. Die CDU fordert, dass die einzelnen Teile der Reform handwerklich sauber entwickelt und aufeinander abgestimmt werden und dass allen Gremien ausreichend Beratungszeit eingeräumt wird.
5. Die CDU wird den Reformprozess durch Veranstaltungen begleiten und sicherstellen, dass Anregungen und Bedenken von Schülern, Eltern und Lehrern Gehör verschafft werden.
6. Von der BSB erwartet die CDU einen detaillierten Zeitplan für die Reform, der laufend der Realität angepasst werden sollte.
7. Die CDU wird sicherstellen, dass in den regionalen Schulentwicklungskonferenzen von den Betroffenen ohne Druck von außen unter den drei von der GAL vorgeschlagenen verschiedenen Formen der Primarschule wirklich ausgewählt werden kann und dass das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Elternwahlrecht zwischen diesen drei Formen stets gewahrt bleibt.
8. Damit die Eltern weiterhin ein reales Wahlrecht zwischen verschiedenen Profilen haben, wird die CDU darauf achten, dass die Einhaltung folgender Formulierung des Koalitionsvertrages an jedem Ort und zu jeder Zeit sichergestellt ist: „Übersteigt die Anmeldezahl für ein bestimmtes pädagogisches Profil die Aufnahmekapazität der jeweiligen Schule, wird dieser Schwerpunkt an einer weiteren Schule des regionalen Verbundes eingerichtet.“
9. Die CDU unterstützt die berechtigte Forderung von Schülern und Eltern, dass alle Kinder unabhängig von ihrem Wohnort und der Mobilität der Eltern weiterhin zwischen allen bislang in Hamburg angebotenen ersten und zweiten Fremdsprachen wählen können. Dieses sprachliche Angebot ist eine der großen Stärken des Hamburger Schulwesens und Voraussetzung für eine wissens- und wirtschaftsfreundliche Stadt.
10. Zugleich fordert die CDU die Erhaltung möglichst aller wohnortnahen Grundschulstandorte, um den jüngeren Schülern weiterhin kurze Schulwege anbieten zu können.

11. Die CDU fordert im Rahmen der vereinbarten Reform, wie mehrfach zugesagt, sämtliche Gymnasialstandorte zu erhalten. Darüber hinaus ist es der CDU ein besonderes Anliegen, die Gymnasien mit besonderem Profil in ihrer Besonderheit und ihrer Tradition zu erhalten.

Dies gilt insbesondere auch für die humanistischen Gymnasien, denen die Gelegenheit erhalten bleiben muss, ihr besonderes Bildungs-, Kultur- und Sprachprofil zu pflegen und zu erhalten. Es muss innerhalb der Reform gewährleistet werden, dass das besondere Bildungsangebot dieser Gymnasien uneingeschränkt erhalten bleibt, zumindest durch Kooperationsmodelle unter Federführung der Profildgymnasien an den jeweiligen Standorten. Die weit über Hamburgs Grenzen bekannten Traditionsschulen müssen ihren humanistischen Bildungs- und Erziehungsauftrag weiter ungestört und fruchtbar erfüllen können. Abstriche an den Leistungsstandards Hamburger Gymnasien darf es nicht geben.

Es ist zu gewährleisten, dass die Profildgymnasien wegen ihres großen Einzugsgebietes in sämtlichen relevanten regionalen Schulkonferenzen vertreten sind.

12. Der Unterricht in der Primarstufe ist so zu differenzieren, dass alle Kinder in ihren individuellen Fähigkeiten und Begabungen, Interessen und Neigungen gestärkt und bis zur vollen Entfaltung ihrer Leistungsfähigkeit gefördert und gefordert werden. Die CDU wird daher darauf achten, dass auf eine äußere Leistungsdifferenzierung nur dort verzichtet wird, wo eine nachweislich mindestens im gleichen Umfang erfolgreiche Binnendifferenzierung sichergestellt ist. Eine darauf ausgerichtete umfangreiche Fortbildung aller betroffenen Lehrkräfte ist mit Sorgfalt und schnellstmöglich umzusetzen.

13. Die CDU drängt darüber hinaus auf die zügige Beantwortung folgender Fragestellungen durch die BSB:

a. Organisationsthemen hinsichtlich der Lehrkräfte

- Wie kommen die notwendigen Fachlehrkräfte weiterführender Schulen zum Unterricht in die verschiedenen Primarschulen?
- Wie wird die Wegstrecke auf die Lehrerarbeitszeit angerechnet?
- Wie werden diese Lehrkräfte in die Konferenzen, Elternsprechtage etc. der Primarschulen eingebunden?
- Wer ist der Vorgesetzte dieser Lehrkräfte während des Unterrichtes an der Primarschule?

b. Organisationsthemen hinsichtlich der Schüler

- Wie kommen die Viertklässler im Falle des zweistufigen Primarschulmodells an den Ort der weiterführenden Schule?
- Wie wird dort ggf. eine Hortbetreuung bzw. die Fortsetzung eines Ganztagschulmodells sichergestellt?

c. Fortbildung der Lehrkräfte

- Wie sehen die Details der geplanten Fortbildungsoffensive für alle Lehrkräfte aus und wann startet diese?

d. Bildungspläne

- Wann und mit welchen Inhalten und pädagogischen Methodenwendungen werden die neuen Bildungspläne für die Primarschule, Stadtteilschule und Gymnasien vorgestellt?
- Wie wird darauf geachtet, dass Eltern, Lehrer, Schüler und Politik rechtzeitig in die Ausgestaltung der Bildungspläne einbezogen werden?

Als stärkste Kraft in der schwarz-grünen Koalition wollen wir den Erfolg des Senats unter der Leitung von Ole von Beust und Christa Goetsch. Wir unterstützen die BSB in dem Anliegen, mehr Chancengerechtigkeit im Schulwesen zu erreichen und Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern. Wir erwarten, dass die weiteren Schritte noch intensiver im Dialog beider Koalitionspartner erörtert und gemeinsam abgestimmt und dass die drängenden konkreten Fragen der Schulöffentlichkeit kurzfristig beantwortet werden.

Blankenese, den 08.10.2008

Frau K. Prien

Dr. W. Schumann

W. Prinzenberg

D. Rusche

Frau Zerrin Konyalioglu-Busch

und 10 weitere Mitglieder